

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	16 (1996)
Heft:	32
Artikel:	Jörg Haider : der Gewinner an den Modernisierungsverlierern
Autor:	Hofbauer, Hannes
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-652103

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jörg Haider – Der Gewinner an den Modernisierungsverlierern

Haider ist nicht der Gegner der österreichischen Grossparteien. Er ist ihr Übertreiber.

Peter Turrini

Jörg Haider ist der Typus des modernen Rechten. Die Gnade der späten Geburt übersetzt er seinen Gefolgsleuten und WählerInnen glaubhaft als jugendliche Dynamik. Mit dem Ewiggestrigen nationalsozialistischer Gläubigkeit hat er längst gebrochen, was ihn freilich nicht daran hindert, bei Gelegenheit eines SS-Kameradschaftstreffens die Schutzstaffeln von jeder Kollektivschuld freizusprechen. Die ideologische Beliebigkeit, die er nach außen gerne vertritt und die ihm auch seine liberalen Gegner unterstellen, ist dennoch nur gespielt. Haiders weltanschaulicher Stammbaum wurzelt in der Idee der Volksgemeinschaft. Interessengegensätze von Klassen, Geschlechtern oder Regionen stehen hinter einer visionären völkischen Gesamtheit zurück. Soziale Konfliktlösungen brauchen folgerichtig keine korporatistischen Kammer und Gewerkschaften, deren Einfluß in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft – mit Haiders Zutun – drastisch zurückgegangen ist.

Je nach politischer Opportunität zwischen Deutschnationalismus und Österreichertum schwankend, sieht Haider seine FPÖ „im krassen Gegensatz zu den Ideologien der sozialdemokratischen Klassenkämpfer sowie der christlich-sozialen, klerikalen, ständisch ausgerichteten Bewegung“ stehen. „Dieses dritte Lager verfolgte von Anbeginn an die Idee der ... sozialen Volksgemeinschaft“, bemerkte der Parteiführer zur freiheitlichen Traditionspflege in einer Schriftenreihe der Politischen Akademie der FPÖ.

Seine Politik der variablen Interessenvertretung, die einmal Pensionäre, ein andermal Arbeiter, dann wieder Gewerbetreibende oder mittlere Angestellte ins Zentrum von Wahlreden stellt, fällt vor dem Hintergrund des Verlustes jeglichen Klassenbewußtseins leicht. Dieser Verlust geht freilich nicht auf das Konto der Freiheitlichen, er ist letztlich dem via technischer Digitalisierung und ökonomischer Globalisierung eingeleiteten gesellschaftlichen Modernisierungsschub geschuldet. Genau dort setzt Jörg Haider an. Wer innerhalb eines halben Jahrzehnts den völligen Bedeutungswandel ideologischer Stützbegriffe erlebt hat, wer also beispielsweise als Arbeiter gesehen hat, wie aus dem klassenspezifischen Solidaritätsbegriff ein den EU-Großraum begleitender geworden ist: von der Arbeitersolidarität zur westeuropäischen Solidargemeinschaft, der sucht nach neuem Halt. Die Idee der Volksgemeinschaft, die in Wahlkampfparolen wie „Österreich zuerst“ oder „Wir sind die Österreichpartei“ verkürzt zum Ausdruck kommt, scheint den Verunsicherten neuen Boden unter den Füßen zu geben.

Welchem Segment dieser Volksgemeinschaft sich Jörg Haider jeweils widmet, ist rein wahlaktisch bestimmt. Sein legendärer Auftritt beim freiheitlichen Bundesparteitag vom 13. September 1986, als er den Vorsitz in der FPÖ übernahm, hat seine Fähigkeit zur Flexibilität eindrucksvoll demonstriert. In den wenigen Stunden des Parteitages hat Haider – der aus einer stramm deutschnationalen Familie stammt und ein ehemals arisiertes Gut verwaltet – je nach seiner eigenen politischen Selbstdarstellung das Sakko gewechselt. Als nationaler Herausforderer trug er einen rechts und alpenländisch anmutenden Steirerjanker, nach dem Wahlsieg präsentierte er sich im weltstädischen Zweireiher. Was in der eigenen Partei widerspruchslos gut ankam, praktiziert er seitdem auf dem parlamentarischen Parkett. Mit dieser Politik des raschen Segmentwechsels, die eine bestimmte Orientierungslosigkeit breiter Bevölkerungsschichten voraussetzt, gelingt Haider der Einbruch ins Bürgertum ebenso wie in die Arbeiterschaft. Mit österreichweiten 27,6 Prozent holte die FPÖ bei den vergangenen EU-Wahlen am 13. Oktober 1996 den Abstand zu SPÖ (29,2 Prozent) und ÖVP (29,6 Prozent), die gemeinsam eine Regierungskoalition bilden, auf. Die österreichische parlamentarische Landschaft kennt nun drei Mittelparteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ) und zwei kleine Gruppen, Grüne (6,7 Prozent) und Liberale (4,2 Prozent).

Haiders Klientel umfaßt tatsächlich die fiktive Volksgemeinschaft: Von den österreichischen Paradekapitalisten Mautner-Markhof (Lebensmittel) und Prinzhorn (Papier), die sich beide als freiheitliche Funktionäre exponieren, bis zur relativen Mehrheit der Arbeiterschaft hat die FPÖ die Stammwählerschaft der früher großen bürgerlichen ÖVP und der ehemaligen Arbeiterpartei SPÖ aufgesogen.

Vor solch kompaktem gesellschaftlichen Zuspruch erscheint die rhetorische Bedienung der alten Nazi-treuen Rechten als FPÖ-Altlast. Gelegentlich zur Schau getragener Deutschnationalismus und fallweise antisematische Äußerungen aus den Reihen der Freiheitlichen provozieren zwar die Weltpresse und auch das linksliberale Gubürgertum im eigenen Land, für die gesellschaftliche Gefährlichkeit Haiders sind sie indes nicht kennzeichnend. Was die Freiheitlichen tatsächlich aus alten ideologischen Beständen in die neunziger Jahre verpflanzen, ist der Modernisierungsdiskurs der deutschen Nationalsozialisten, freilich in zeitgeistigem Gewande.

Wie dieser steht Haider geopolitisch für eine Militarisierung des Kontinents, ökonomisch und sozial für strukturbereinigende neue Ordnungen, die im Sinne Kerneuropas protektionistisch sind. Deshalb fordert er vehement den Beitritt Österreichs zur NATO und zur WEU, will das System der EU-Ausgleichszahlungen sprengen und das deutsch geführte Zentrum nicht durch die Subventionierung des Südens schwächen. Der padanische Legaführer Umberto Bossi ist dabei einer seiner engsten Verbündeten.

Für die Privatisierung der sozialen Frage – als Voraussetzung für einen ökonomischen Rationalisierungsschub – kam den nationalliberalen Freiheitlichen die ausländerfeindliche Rhetorik gerade recht. Als Haider vor fast fünf Jahren im Kärntner Landtag die „ordentliche Beschäftigungspoli-

tik“ der Nationalsozialisten als Vorbild für eine soziale Reform nannte, war die Empörung groß. Der Arbeitsmarkt im “Deutschen Reich” war freilich ein extrem segmentierter, er konnte ohne Ausländer nicht auskommen; 35 Prozent der ostmärkischen Industrie wurden im Jahre 1944 von ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen aufrecht erhalten. Diese Sorte Ausländerpolitik ist zwar derzeit in Mißkredit – deshalb auch die Rüge für Haider –, doch sie garantierte damals den Zufluß billiger Arbeitskräfte; so meint es auch Haider, der mit seinem perfiden Sager von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ auf den menschenverachtenden Import von Zwangsarbeitern in den frühen vierziger Jahren anspielt, für den Zustrom billiger ausländischer Arbeitskräfte eintritt. Und genau der muß auch heute gewährleistet sein. AusländerInnen werden als Verschubmasse am Arbeitsmarkt gebraucht. Um sie möglichst rechtlos zu machen, dürfen (und müssen) fremdenfeindliche Sprüche geklopft werden. Mit seinem Anfang 1993 abgehaltenen Volksbegehren gegen Ausländer hat der FPÖ-Führer den österreichischen Stammarbeitern signalisiert, die Kosten der Arbeitsmarktderegulierung weitgehend von ihnen fernhalten zu wollen, sie ausschließlich den „Gastarbeitern“ aufzubürden. Das kann zwar nicht gelingen, weil jede Deregulierung am „Sklavenmarkt“ auch Entrechtung der kollektivvertraglichen Kernbereiche mit sich bringt, die vom sozialen Abstieg bedrohten Menschen setzen dennoch auf die sie schützenden Elemente eines rassisch geteilten Arbeitsmarktes.

Die dem Reformfeuer der ökonomischen Strukturbereinigung zum Opfer fallenden Modernisierungsverlierer setzen auf die FPÖ, weil diese ihnen fremde Verursacher der Krise nennt: die Europäische Union, die ausländischen Billigarbeitskräfte, die Manager der verstaatlichten Industrie. Wie die deutschen Nationalsozialisten stellen sich dabei die Freiheitlichen an die Spitze der „Modernisierung“, fordern militärische Interventionsfähigkeit, einen in Stammarbeiter und Ausländer „sklaven“ gesplitteten Arbeitsmarkt sowie Beibehaltung der Privilegien des Zentrums gegen die Herausforderungen immer kostengünstiger werdender Standorte. Und wie den Nazis anno 1930 gelingt es ihnen, gerade die Verlierer der Globalisierung zu vertreten: von ausländischer Konkurrenz bedrohtes heimisches Kapital, Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerbetreibende, Pensionisten.

Österreich ist für diese moderne Form des Rechtspopulismus ein weites Experimentierfeld. Karl Kraus hat dieses Land einmal in anderem Zusammenhang als eine „Versuchsstation für Weltuntergänge“ bezeichnet. Haider bereitet seinen Marsch zur Macht, der noch vor wenigen Jahren undenkbar war, heute aber durchaus im Bereich des Möglichen liegt, peinlich genau und medienbewußt wie kein anderer Politiker vor. Bereits vor und seit seinen fulminanten Zugewinnen bei der EU-Wahl gibt er sich staatsmännisch, weitsichtig: “Meine Auslandbeziehungen sind intakt... Anleger und internationale Unternehmungen, die Standorte suchen, fragen sich: Wo kann ich verdienen, wo sind verlässliche Rahmenbedingungen, wo gibt's wenig Umverteilung, weniger Bürokratie, weniger Steuern? Und genau das sind die Signale, die ich gebe.” (Sonntags-Zeitung v. 6.10.1996). Signale an

die kritische Intelligenz im Lande, die für eine kulturelle Begleitung der angestrebten ökonomischen Strukturreformen zu sorgen haben werden, sendet Haider zahlreiche aus, um ihnen künftige Einbindung zu offerieren. Um diesen letzten Schritt heraus aus einer gewissen medialen Isolation zu setzen, die freilich nur in den sogenannten „Qualitätszeitungen“ besteht, hat Haider seinen ehemaligen Kritiker, den jüdischen Publizisten Peter Sichrowski, der ob seines politischen Wandels vom Schriftsteller Doron Rabinovici als „Hofjude“ tituliert wurde, sowie den früheren linken Ökojournalisten Hans Kronberger als FPÖ-Abgeordnete nach Brüssel entsandt. Die Irritation ob deren Teilnahme am Projekt der Freiheitlichen war in linksliberalen Kreisen groß. Wohl deshalb, weil diese Gutbürgerlichen die Gleichzeitigkeit von liberaler Grenzenlosigkeit und kleinräumigem, nationalem Schutzbedürfnis nicht verstanden haben.

Die Transnationalität des deutsch geprägten (West-) Europäertums braucht Identitätsstiftendes auch für die Modernisierungsverlierer. Haider bietet dafür ein runderneuertes Konzept der Volksgemeinschaft an. Und die sozialdemokratische SPÖ, die in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung verharrt und ab Mitte der achtziger Jahre alle ideologischen Köpfe der Partei sukzessive in die Wüste geschickt hat, bietet keine alternativen gesellschaftspolitischen Ansätze. Sie hat, was manche ihrer Führungsfiguren wie der Wiener Bürgermeister Michael Häupl nach der EU-Wahl im Oktober sogar angesprochen haben, an politischer Interventionsfähigkeit verloren. Solange diese nicht zurückgewonnen werden kann – und die Zustimmung der SPÖ zum Brüsseler Diktat lässt nichts dergleichen erwarten –, ist Jörg Haiders Politik zielführend, vor allem für die Gewinner der mit „sozialen Härten“ kalkulierenden Modernisierung in den Kernländern der Europäischen Union.

Literatur

- Dokumentationsarchiv/DÖW (Hg.), 1994: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien.
- Galanda, Brigitte, 1987: Ein teutsches Land. Die „rechte“ Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation. Wien.
- Gärtner, Reinhold, 1996: Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus. Wien.
- Goldmann, Harald / Krall, Hannes / Ottomeyer, Klaus, 1992: Haider und sein Publikum. Klagenfurt.
- Haider, Jörg, 1993: Die Freiheit, die ich meine. Frankfurt-Berlin.
- Lanc, Erwin, 1996: Sozialdemokratie in der Krise. Wien.
- Oswalt, Walter, 1991: Die FPÖ – ein Modell für Europa? In: Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. 2. Aufl. Wien.
- Politische Akademie der FPÖ, (Hg.), 1993: 100 Jahre freiheitliche Tradition in Kärnten. Schriftenreihe Bd. 17, Graz.
- Schärsach, Hans-Henning, 1995: Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht. Wien.
- Schärsach, Hans-Henning, 1992: Haiders Kampf. Wien.
- Tributsch, Gudmund, 1994: Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche. Wien.